



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 30. Ratssitzung vom 12. Dezember 2014

577. 2014/280

Weisung vom 10.09.2014:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 29, Beschluss-Nr. 577/2014).

Beschlüsse:

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 055.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Über die Verwendung dieses Betrags wird jedes Jahr diskutiert. Legendär war die Debatte, als ein Betrag für eine auf 250 m ü. M. gelegene Gemeinde eingestellt wurde. Der Kanton Zürich und somit auch die Steuerzahler der Stadt zahlen viel Geld im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs; nächstes Jahr werden es 417 Millionen Franken sein. Vom gesamten Finanzausgleich erhält der Kanton Bern 1,23 Milliarden Franken, Graubünden erhält 276 Millionen Franken, und für das Wallis gibt es 560 Millionen Franken. Angesichts des kantonalen Ausgleichs-Fonds und ihrer eigenen finanziellen Lage muss die Stadt nicht noch zusätzlich zahlen.*

Cordula Bieri (Grüne): *Trotz des Finanzausgleichs gibt es immer noch viele Berggemeinden, die über sehr geringe finanzielle Mittel verfügen. Sie können Infrastrukturaufgaben z. T. nicht gut wahrnehmen, was zu einer Abwanderung und somit zu einer Entvölkerung der Bergregionen führt. Der Beitrag der Stadt Zürich ist u. a. wichtig zur Umsetzung von Wasserversorgungsprojekten, für den Hochwasserschutz oder die Sanierung von Schulanlagen.*

Weitere Wortmeldung:

Urs Fehr (SVP): *Unsere Fragen in diesem Zusammenhang – z. B. ob es auch Nachkontrollen gibt – wurden leider nicht optimal beantwortet. Dies sollte gerade diejenigen, die noch unsicher sind, zur Ablehnung bewegen.*

2 / 36

S. 143	20 2000 3620 0101	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge für Projekte von Berggemeinden				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
055.	Antrag Stadtrat				500 000	Mehrheit
			500 000		0	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Über den kantonalen Ausgleichs-Fonds zahlt der Kanton bereits genügend in die Förderung ein			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 056.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): An die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) und an den Schweizerischen Juristenverein sollen keine Beiträge gezahlt werden. Dadurch verbessert sich das Budget um 130 000 Franken.

Urs Fehr (SVP): Auch der Beitrag an das Zürcher Lehrhaus kann getrost gestrichen werden; diese Aufgabe sollten die Kirchen wahrnehmen. Dadurch kann eine Verbesserung um 215 000 Franken erreicht werden.

Felix Moser (Grüne): Da uns für den Beitrag an das Lehrhaus ohnehin noch eine Weisung vorgelegt werden wird, kann dieser momentan ruhig im Budget belassen werden. Mit dem Beitrag an den Juristenverein werden alte Rechtsquellen im Staatsarchiv erforscht, aufgearbeitet und zugänglich gemacht.

3 / 36

S. 143	20 2000 3650 0000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
056.	Antrag Stadtrat				230 000	Mehrheit
			130 000		100 000	Minderheit 1
			215 000		15 000	Minderheit 2
			Begründung: SVP: Beitrag KOF, Juristenverein und Lehrhaus; FDP: Keine Beiträge an KOF und Juristenverein			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(230 000)	82 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(100 000)	21 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(15 000)	<u>22 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 057.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Katharina Widmer (SVP): *Humanitäre Hilfe im Ausland ist keine Gemeindeaufgabe. Die Stadt soll sich auf ihre ursprünglichen Aufgaben konzentrieren. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass genug finanzielle Hilfe zusammenkommt, wenn Hilfsorganisationen Spendenaufrufe schalten.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Die Schweiz ist ein Land mit einer langen humanitären Tradition. Von privater Seite kommen, wie gesagt, viele Mittel zusammen. Gemeinden sind selbst-*

verständlich nicht verpflichtet, Geld für humanitäre Hilfe im Ausland zu sprechen. Jedoch steht es der Stadt Zürich und anderen Gemeinden nicht schlecht an, wenigstens 100 000 Franken dafür vorzusehen. Das Geld wird ja dann jeweils noch mit einer Weisung konkret beantragt, sodass der Gemeinderat immer noch entscheiden kann.

Weitere Wortmeldung:

Urs Fehr (SVP): *Es ist die humanitäre Tradition der Schweiz – und nicht der Stadt Zürich.*

S. 143	20 2000 3670 0099	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Humanitäre Hilfe im Ausland				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
057.	Antrag Stadtrat				100 000	Mehrheit
			100 000		0	Minderheit
						Enthaltung
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
						Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
						Christian Traber (CVP)
			Begründung:	Keine Gemeindeaufgabe		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 058.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Marcel Bührig (Grüne): *Die Schweiz als wohlhabender Staat und die Stadt Zürich als wohlhabende Stadt haben die moralische Verpflichtung, humanitäre Hilfe zu leisten. Aus taktischen Gründen ziehen wir unseren Antrag aber zurück; wir wollen die gesamte Entwicklungshilfe nicht gefährden. Die beantragten 2,5 Millionen Franken sind ein kleiner Teil des städtischen Budgets. Mit diesem Teil kann das Leid in der Welt ein bisschen gelindert werden.*

Roger Liebi (SVP): *Entwicklungshilfe ist, wenn überhaupt, eine Staatsangelegenheit. Wer spenden will, findet genug Möglichkeiten dazu. Die Stadt muss sich um ihre eigenen Finanzen kümmern.*

Samuel Dubno (GLP): *Entwicklungshilfe ist ein Mittel der Aussenpolitik und daher in erster Linie Sache des Bundes. Wir akzeptieren aber, dass die Stadt durch eine entsprechende Volksabstimmung dazu verpflichtet wurde und beantragen deshalb keine Streichung, sondern eine Kürzung.*

Florian Utz (SP): *Es wäre verantwortungslos, Kürzungen zu Lasten der ärmsten Menschen auf dieser Welt vorzunehmen. Es geht hier um lediglich 0,03 % der städtischen Ausgaben. Eine Streichung oder Kürzung würde in keinem vernünftigen Verhältnis zum erreichbaren Nutzen stehen. Die Stadt unterstützt u. a. den Zugang zu sauberem Wasser, z. B. durch Brunnenbauprojekte, und bietet damit Hilfe zur Selbsthilfe. Diese Massnahme ist sehr effizient: Mit nur 70 Franken kann man einem Menschen lebenslangen Zugang zu sauberem Wasser gewährleisten und damit die Chance auf eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung geben. Eine Kürzung um eine Million Franken hätte zur Folge, dass nächstes Jahr 14 285 Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser mehr erhielten.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): *Die Mittel fliessen nicht nur in ein Projekt, sondern es werden Anträge von 45 bis 50 verschiedenen Organisationen berücksichtigt.*

Dr. Mario Babini (Parteilos): *Aus liberal-ökonomischer Sicht kann man den Nutzen von Entwicklungshilfsgeldern durchaus kritisch hinterfragen. Da die Gelder aber unter anderem in die Schaffung einer sicheren Trinkwasserversorgung fliessen, sind sie nachhaltig angelegt. Es wäre ein Armutszeugnis für die Stadt Zürich, wenn sie auf dem Buckel der Ärmsten sparen würde.*

Urs Fehr (SVP): *Die Gelder gehen in der Tat an verschiedene Organisationen, die allesamt einen Administrativanteil von vielleicht 10 oder 15 % haben. Von Nachhaltigkeit kann daher keine Rede sein.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Würden die Reichsten gleich wie die Kleinen prozentual besteuert, kämen in einem Jahr ohne Weiteres 25 Millionen Franken mehr zusammen, wodurch die Diskussion um bescheidene 2,5 Millionen Franken wohl hinfällig wäre. Entwicklungshilfe ist durchaus Teil der Gemeindeaufgaben und übrigens im Grunde nichts anderes als humanitäre Hilfe.*

S. 143	20 2000 3670 0199	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern
--------	--	---

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
058.	Antrag Stadtrat		2 500 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP)

6 / 36

	1 000 000	3 500 000	Minderheit 1	Felix Moser (Grüne) Referent
2 500 000			0 Minderheit 2	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
1 500 000		1 000 000	Minderheit 3	Samuel Dubno (GLP) Referent, Christian Traber (CVP)
Begründung: GLP/CVP: Sache des Bundes; Grüne: Entwicklungsländer sind auf Hilfe des reichen Westens angewiesen; SVP/FDP: Keine Aufgabe der Gemeinde				

Marcel Bührig (Grüne) zieht namens der Grüne-Fraktion den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(2 500 000)	63 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(1 000 000)	<u>19 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Persönliche Erklärung:

Michael Baumer (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Debattenführung der Ratspräsidentin.

Antrag 059.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): In Anbetracht der ganzen Entwicklung der Aktivitäten der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG) sind die Abschreibungsbeiträge nicht nötig.

7 / 36

Walter Angst (AL): Die Entwicklung der Stiftung PWG zeigt sehr wohl, dass die Abschreibungsbeiträge sinnvoll sind. Diese geben der Stiftung PWG die Möglichkeit, in einem überhitzten Wohnungsmarkt Käufe zu tätigen. Gleichzeitig sollen die Gelder mit den Reserven der Gewerbeimmobilien «refinanziert» werden, sodass am Schluss wohnpolitisch eine Null herauschaut.

Weitere Wortmeldung:

Urs Fehr (SVP): Die Stiftung PWG möchte die Abschreibungsbeiträge gar nicht mehr.

S. 145	20 2000 563108	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Abschreibungsbeiträge an Stiftung PWG für den Kauf von Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
059.	Antrag Stadtrat				3 000 000	Mehrheit
			3 000 000		0	Minderheit
		Begründung:	Streichung			
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 060.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Minderheit ist der Meinung, dass im Sinn einer effizienteren Bewirtschaftung eine Kürzung um 10 % möglich ist.

Andrea Nüssli (SP): Die Mehrheit trägt auch diesen «Rasenmäher-Antrag» nicht mit. Es wird nicht gesagt, wo konkret eingespart werden soll.

8 / 36

S. 156	20 2021 3913 0000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaftenverwaltung Vergütung an IMMO für Raumkosten				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
060.	Antrag Stadtrat				1 432 600	Mehrheit
			143 000		1 289 600	Minderheit
						Andrea Nüssli (SP) Referent Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Kürzung um 10 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 061.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Gewisse Renovationen der Liegenschaften im Finanzvermögen können zurückgestellt werden. Aufgrund des Gesamtbetrags sind auf diesem Konto immer noch genügend Mittel eingestellt.

Walter Angst (AL): Diese Investitionen sind sehr ertragsreich. Die Reserven sind auch bei den Wohnliegenschaften wohldotiert, es macht wenig Sinn, zu diesem Zeitpunkt Projekte zurückzustellen.

S. 157	20 2022 3142 0102	FINANZDEPARTEMENT Wohnliegenschaften Renovationen der Liegenschaften des Finanzvermögens				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat				2 865 000	Mehrheit
			500 000		2 365 000	Minderheit
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP)
						Enthaltung

Begründung: Zurückstellen gewisser Renovationen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 57 Stimmen zu.

Antrag 062.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): Eine Kürzung um 255 000 Franken ist angesichts eines lediglich geschätzten Aufwands durchaus vertretbar.

Dr. Urs Egger (FDP): Altlastensanierungen sind gesetzlich vorgeschrieben und müssen entsprechend durchgeführt werden. Trotz der Möglichkeit, dass es am Schluss weniger kosten könnte, ist der ganze Betrag im Budget zu lassen.

S. 161	20 2024 3142 0103	FINANZDEPARTEMENT Baurechte des Finanzvermögens Altlastensanierungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat				2 550 600	Mehrheit
			255 000		2 295 600	Minderheit

Begründung: Kürzung um 10 %

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 063.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Auch hier ist die Minderheit der Meinung, die Liegenschaften des Finanzvermögens könnten effizienter unterhalten und gereinigt werden. Wir beantragen

deshalb eine Kürzung um 5 %.

Walter Angst (AL): Es geht um den Rechnungskreis Restaurants, von denen zwar nicht alle wohldotiert sind. Die Stadtkasse leidet aber nicht darunter.

S. 163	20 2025 3142 0000	FINANZDEPARTEMENT Restaurants Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Finanzvermögens				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
063.	Antrag Stadtrat				2 628 000	Mehrheit
			131 400		2 496 600	Minderheit
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Kürzung um 5 %

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 064.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Der Betrag bleibt bestehen. Hier geht es um ein konkretes Projekt, nämlich um eine Kioskplanung, die mit 250 000 Franken überdurchschnittlich teuer angesetzt ist.

Felix Moser (Grüne): Ich glaubte, der Betrag der Mehrheit würde angepasst. Es geht um den Kiosk auf der Stadthausanlage. Da es sich um einen bereits ausgereiften Projektplan handelt, ist der Kredit etwas höher als üblich.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die AL-Fraktion beantragt neu, den Betrag um 103 500 Franken zu kürzen. Nach der bereits am letzten Mittwoch vorgenommenen Kürzung entspricht dies der ursprünglichen Begründung des Antrag, woran wir festhalten möchten.

Roger Liebi (SVP): Gewisse Projekte sind speziell und laufen nicht unter den Tabellenkürzungen. Die 250 000 Franken betreffen ausdrücklich die Kioskplanung.

Wenn die AL-Fraktion das will, was sie kommuniziert hat, muss sie unseren Antrag unterstützen.

Walter Angst (AL): *Wenn die Mehrheit den Kiosk nicht will, muss sie unseren Antrag unterstützen, da sie sonst gar keine Mehrheit findet.*

S. 163	20 2025 3182 0000	FINANZDEPARTEMENT Restaurants Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
064.	Antrag Stadtrat				1 465 000	Minderheit
			250 000		1 215 000	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Keine Viertelmillion für eine Kioskplanung			

Walter Angst (AL) beantragt namens der AL-Fraktion eine Kürzung um 103 500 Franken auf 1 361 500 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Minderheit	(1 465 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(1 215 000)	43 Stimmen
Antrag AL-Fraktion	(1 361 500)	<u>82 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der AL-Fraktion zugestimmt.

12 / 36

Antrag 065.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Unter diesem Titel wurden Fragen gestellt zur Finanzierung besetzter Liegenschaften. Die Antworten haben gezeigt, dass die Kosten von den Hausbesetzern nicht ganz gedeckt werden. Deshalb beantragen wir eine Kürzung um 54 000 Franken.*

Walter Angst (AL): *Hier müssen durchaus auch Opportunitätskosten in Betracht gezogen werden.*

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): *Ich bin erstaunt, dass offenbar eine Mehrheit bereit ist, der Hausbesetzerszene Energiekosten zu zahlen. Gleiches gilt für den Abfall, wie ein anderes Konto zeigt. Besonders grotesk ist es, wenn Private betroffen sind, wie gerade jetzt im Fall eines SBB-Grundstücks in Zürich Seebach, wo sich Personen illegal aufgehalten und viel Abfall zurückgelassen haben. Es geht nicht an, dass die Privaten für die Abfallentsorgung und die Energiekosten aufkommen müssen: Illegale Besetzer sollen nicht auf Kosten des Steuerzahlers querfinanziert werden.*

S. 166	20 2026 3120 0000	FINANZDEPARTEMENT Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt Wasser, Energie und Heizmaterialien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
065.	Antrag Stadtrat				264 000	Mehrheit
			54 000		210 000	Minderheit
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Keine Unterstützung von Hausbesetzern

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 44 Stimmen zu.

13 / 36

Antrag 066.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Zieht man den bereits gestrichenen Betrag von 45 500 Franken ab, bleiben 234 500 Franken. Expertisen sind in diesem Ausmass nicht nötig, deshalb beantragen wir eine Kürzung um 234 500 Franken.

Walter Angst (AL): Es hat sich uns nicht erschlossen, welche Expertisen die Minderheit gestrichen haben will. Ich glaube nicht, dass der Stadtrat Expertisen in Auftrag gibt für Geschäfte, die er nicht vollziehen will. Eine Verhinderung der Arbeit der Liegenschaftsverwaltung (LV) wäre negativ für die Stadtkasse.

S. 166	20 2026 3180 0000	FINANZDEPARTEMENT Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
066.	Antrag Stadtrat				455 000	Mehrheit
			234 500		220 500	Minderheit
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Expertisen und Vergütung Immobilien			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 234 500 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 067.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Der Antrag wird zurückgezogen.

Walter Angst (AL): Bei den 20 000 Franken geht es nicht um irgendeine Listenkürzung, sondern um die konkrete Frage, wie die LV funktionieren soll. Die 20 000 Franken sind eingestellt für Wertschätzungen von Gewerbeimmobilien, die bei Kuoni Muel-

ler & Partner in Auftrag gegeben werden. Diese Schätzungen gelangten im Zusammenhang mit dem Werdmühleplatz negativ an die Öffentlichkeit. Kernaufgabe der LV ist die Vermietung; die Auslagerung dieser Tätigkeit an einen privaten Vermieter scheint uns mit der Geschäftspolitik der LV nicht vereinbar zu sein. Die 20 000 Franken sind deshalb symbolisch zu streichen, um der LV zu signalisieren, dass wir so nicht weiter machen wollen. Die LV kann Schätzungen gut selber vornehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Walter Angst (AL) hat es offenbar nicht gerne, wenn die Schätzungen objektiv ausfallen. Es kommt aber darauf an, was aus solchen Schätzungen gemacht wird; am Ende entscheidet die Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) ohnehin mit.

Dr. Urs Egger (FDP): Unsere Ansicht, wonach gewisse Aufgaben verwaltungsintern übernommen werden sollten, wurde bereits mit der Tabellenkürzung kundgetan. Hinter der Argumentation von Walter Angst (AL) kann die FDP nicht stehen, sie stimmt deshalb mit dem Stadtrat.

Walter Angst (AL): Wenn die LV selber nicht in der Lage ist, eine Mietzinsschätzung vorzunehmen, soll sie die Aufgabe selbstverständlich an Dritte delegieren. Im genannten Fall ging es aber um eine Neuvermietung nach bestimmten Kriterien, wie sie in der Privatwirtschaft rund um die Bahnhofstrasse üblich ist – dies ist nicht Sinn und Zweck der Vermietung von Gewerbeliegenschaften durch die Stadt.

Roger Liebi (SVP): Die Schätzung und der Vermietungspreis haben miteinander nicht zwangsläufig etwas zu tun.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: An der Vermietung solcher Liegenschaften zu Marktpreisen hält die Stadt fest; wir brauchen diese Lagen, um Erträge zu erwirtschaften für Orte, wo wir eindeutig davon absehen. Die LV, nicht die IMMO, beabsichtigt keine Auslagerung des Vermietgeschäfts. Die Erhöhung des Mietpreises im laufenden Mietverhältnis – mit allfälliger Kündigung nach gescheiterten Verhandlungen – ist mietrechtlich missbräuchlich, daher ist eine Kündigung unumgänglich. Im zitierten Fall wurden die ersten Gespräche im Sinn eines Puffers an einen Dritten ausgelagert. Mittlerweile ist die LV längst selber im Gespräch mit den Gewerbetreibenden, und für die Mehrzahl der Mieter zeichnet sich am gleichen Standort, aber zu anderen Preisen, eine Lösung ab.

Roger Tognella (FDP): Ich war der Meinung, es sei klar, dass der Antrag jetzt zurückgezogen wird. Wurde dieselbe Argumentation bei Antrag 064 noch abgelehnt, wird sie jetzt offenbar gutgeheissen. Ebenfalls irritierend ist, dass vorliegend auf eine ganz bestimmte Firma geschossen wird, nur weil sie einem nicht genheim ist. Und: Die SP findet «Rasenmäher-Anträge» zwar nicht gut, will hier aber auf einen ebensolchen Antrag noch kumulativ draufsparen.

Niklaus Scherr (AL): *Ich appelliere an Stadtrat Daniel Leupi, es tunlichst zu unterlassen, den Mieterschutz mit dem erwähnten Vorgehen zu unterlaufen.*

S. 169	20 2027 3180 0000	FINANZDEPARTEMENT Gewerbe-Immobilien Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
067.	Antrag Stadtrat				1 734 000	Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP)
			20 000		1 714 000	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
						Enthaltung	Felix Moser (Grüne)
			Begründung: Verzicht auf externe Vergabe von Verwaltungsaufgaben				

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 73 gegen 48 Stimmen zu.

Antrag 068.

Kommissionsreferent:

Dr. Urs Egger (FDP): *Die RPK beantragt eine Verschlechterung um 3 Millionen Franken, denn die Reserven genügen.*

S. 170	20 2027 3730 0700	FINANZDEPARTEMENT Gewerbe-Immobilien Übertrag nicht betriebsnotwendiger Überschüsse auf die Finanzverwaltung					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
068.	Antrag Stadtrat				0		
				3 000 000	3 000 000	Zustimmung	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Enthaltung Martin Bürliemann (SVP),
 Roger Liebi (SVP)

Begründung: Reserven sind mehr als ausreichend

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 069.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Stadt soll auf diese Mietzinserhöhungen verzichten. Die Mehrheit beantragt eine Verschlechterung um 14 000 Franken.

Christian Traber (CVP): Die Minderheit ist der Meinung, dass der budgetierte Betrag korrekt ist. Hierzu wurde eine schriftliche Anfrage beantwortet; der Stadtrat zeigte auf, wie er mit diesen Liegenschaften verfahren will. Die beabsichtigten Regeln werden bestimmt Klarheit schaffen. Eine Budgetposition von 14 000 Franken ist nicht der richtige Ort, um eine politische Debatte darüber zu führen.

Weitere Wortmeldungen:

Rebekka Wyler (SP): Auch Gewerbe mit weniger Wertschöpfung, mit geringeren Margen, soll in der Altstadt Platz finden. Die Entwicklung an der Bahnhofstrasse ist nicht positiv, umso wichtiger ist, dass zumindest in den Liegenschaften der Stadt noch Vielfalt möglich ist – dazu muss die Stadt die entsprechende Politik verfolgen. Die Mietzinserhöhungen sind aus dem Budget zu streichen.

Thomas Osbahr (SVP): Die Mietpreise sind in den letzten Jahren extrem gestiegen, was eine Abwanderung aus der Stadt zur Folge hat. Für 100 m² Gewerberaum zahlt man heute zwischen 6000 und 8000 Franken – eine weitere Erhöhung wäre für keinen Kleinunternehmer mehr zahlbar. Am Werdmühleplatz bedeutete dies, dass die meisten Lokaltäten von einer grossen Geschäftskette übernommen würden.

Niklaus Scherr (AL): Die Voten von unterschiedlicher Seite sind verwirrend. Die Frage lautet doch: Wie hoch treibt die Stadt die Mietpreisspirale? Wie weit will man bei der Entwicklung der Gewerbemieten an der Bahnhofstrasse gehen?

Urs Fehr (SVP): Die SVP wechselt von der Minderheit in die Mehrheit. Dass die CVP hinter einer Mietzinserhöhung für die Gewerbetreibenden steht, kann ich nicht nachvollziehen. Es ist nicht akzeptabel, die Mieten zu erhöhen im Wissen darum, dass die Gewerbetreibenden in der Folge ausziehen müssen.



S. 170	20 2027 4230 0101	FINANZDEPARTEMENT Gewerbe-Immobilien Miet- und Pachtzinse von Liegenschaften des Finanzvermögens				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
069.	Antrag Stadtrat				-33 637 000 Minderheit	Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne)
				14 000	-33 623 000 Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Verzicht auf Staffelmietzinserhöhung Werdmühleplatz

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 20 Stimmen zu.

Persönliche Erklärung:

Mauro Tuena (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Haltung der CVP in der Budgetdebatte.

Antrag 070.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Effizienteres Arbeiten ist hier möglich, deshalb beantragen wir eine Verbesserung um 25 000 Franken.*

Walter Angst (AL): *Wenn man bei den Parkhäusern sparen wollte, sollte man vielleicht eines davon stilllegen – ein sauberes Geschäft sind Parkhäuser ja nicht. Die Mehrheit findet aber, dass die LV auch im Bereich Parkhäuser eine einigermaßen vernünftige Politik macht.*



18 / 36

S. 180	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2032	Parkhäuser				
	3142 0100	Unterhalt der Liegenschaften des Finanzvermögens				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
070.	Antrag Stadtrat				175 000	Mehrheit
			25 000		150 000	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Zurück auf Budget 2014			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 071.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Die Minderheit beantragt eine Verbesserung des Budgets um 750 000 Franken. In diesem Konto sind nach wie vor 17,4 Millionen Franken, die auf absehbare Zeit nicht benötigt werden. Deshalb ist es vertretbar, das Budget gegenüber dem letztjährigen Budget unverändert zu lassen.

Dr. Urs Egger (FDP): Bezüglich der Verwendung dieser Überschüsse wird eine vernünftige Politik betrieben.

S. 180	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2032	Parkhäuser				
	3730 0700	Übertrag nicht betriebsnotwendiger Überschüsse auf die Finanzverwaltung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
071.	Antrag Stadtrat				750 000	Mehrheit
				750 000	1 500 000	Minderheit
						Enthaltung

Dr. Urs Egger (FDP)
Referent, Vizepräsident
Walter Angst (AL), Martin
Bürliemann (SVP), Samuel
Dubno (GLP), Roger Liebi
(SVP), Christian Traber
(CVP), Raphaël Tschanz
(FDP)
Florian Utz (SP) Referent,
Präsidentin Rebekka Wyler
(SP), Felix Moser (Grüne),
Andrea Nüssli (SP)

Begründung: Erneute Abführung nicht betriebsnotwendiger Überschüsse an die Stadtkasse in der Höhe von 1,5 Millionen Franken

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 072.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): In Analogie zu den Tabellenanträgen beantragt die Minderheit 1, einen Betrag von 743 000 Franken einzusparen.

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit 2 beantragt ebenfalls, die Kürzungen analog den Tabellenanträgen vorzunehmen. Betreffend das Konto 3010 (Personal) unterscheidet sich unser Antrag zum Antrag der Minderheit 1 und fällt tiefer aus.

Florian Utz (SP): Einen Abbau von 13 Stellen beim Steueramt, konkret 13 Steuerinspektoratsstellen, erachtet die Mehrheit nicht als sinnvoll. Der Antrag der FDP und SVP würde sich zudem negativ auf das Budget auswirken, weil erfahrungsgemäss pro Angestellter rund eine Million Franken an Steuereinnahmen reinkommen. Den moderateren Antrag der GLP, die ausdrücklich nicht beim Personal sparen will, unterstützen wir ebenfalls nicht, da er «Rasenmäher»-Elemente enthält: Es sollen z. B. nicht 10 % der Druckkosten gestrichen werden, denn durch die Einführung der Online-Steuererklärung hat das Steueramt ja bereits Druckkosten eingespart.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Die SP ist also der Meinung, sämtliche Zürcherinnen und Zürcher seien von Natur aus Steuerhinterzieher. Es ist mir schleierhaft, wie die beantragte Verbesserung um 743 000 Franken 13 Stellen entsprechen soll.

Severin Pflüger (FDP): Das Steueramt der Stadt lässt keine Steuerbetrüger und Steuerhinterzieher auffliegen, dies ist vielmehr Aufgabe des kantonalen Steueramts. Die 30 % verdächtigen Steuererklärungen werden vom Kanton geprüft.

Florian Utz (SP): Das städtische Steueramt nimmt aber die erste Prüfung vor und leitet allfällige Verdachte weiter. Es sind 13,0 Stellen, darauf kommt man, wenn man die beiden Minderheitsanträge vergleicht und die entsprechende Rechnung vornimmt.

20 / 36

S. 182	20 2040 Saldo	FINANZDEPARTEMENT Steueramt Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag
					Stimmen
072.	Antrag Stadtrat			-2 616 354 300	Mehrheit
			743 000	-2 617 097 300	Minderheit 1
			64 500	-2 616 418 800	Minderheit 2
					Enthaltung
		Begründung:	GLP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3092, 3099, 3101, 3170, 3180; SVP/FDP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3010, 3091, 3092, 3101, 3107, 3111, 3170, 3180, 3182		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(-2 616 354 300)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-2 617 097 300)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-2 616 418 800)	<u>20 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 75 gegen 50 Stimmen zugestimmt.

21 / 36

Antrag 073.

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): Die RPK stimmt dem Antrag der Spezialkommission Finanzdepartement (SK FD) einstimmig zu.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Davy Graf (SP): Die Kenngrösse der Online-Steuererklärungen möchten wir in Zukunft verfolgen.

S. 182	20 2040 PG 1	FINANZDEPARTEMENT Steueramt Produktgruppen-Globalbudget / H Zusätzliche Kennzahlen zu den einzelnen Produkten			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
073.	Antrag Stadtrat	Die RPK beantragt die Erhebung einer zusätzlichen Kennzahl, Rubrik H, 1.1 Steuern natürlicher Personen: «Anteil (%) online eingereichter Steuererklärungen».			Zustimmung
		Begründung:	Die SK FD ist der Meinung, dass die Bearbeitung von Online-Steuererklärungen einen ökologischen und ökonomischen Mehrwert für die Stadt bedeutet und möchte dies daher als Kennzahl eingeführt haben		
					Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 074.

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): Die RPK hat die Antworten des Stadtrats geprüft und ist einstimmig zum Schluss gekommen, keinen Bedarf für eine Erhöhung der Stellenwerte zu sehen.

22 / 36

2050 3010 0000		Human Resources Management Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
074.	Antrag Stadtrat			12 195 600		
		62 500		12 133 100	Zustimmung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Begründung: Keine Erhöhung der Stellenwerte (141,6 statt 142,1)						

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 075.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Der Betrag reduziert sich wegen des Tabellenantrags auf 345 500 Franken. Die Minderheit 1 ist der Meinung, dass es mehr Projekte geben soll, die intern durchgeführt werden. Die Hauptaktivitäten im Bereich Human Resources obliegen ohnehin den Departementen. Eine entsprechende Kürzung ist deshalb möglich.

Samuel Dubno (GLP): Der Antrag der Minderheit 2 wird zurückgezogen.

Rebekka Wyler (SP): Wir haben auch diese Ausgaben geprüft, hier geht es u. a. um die Umsetzung der städtischen HR-Strategie. Die Mehrheit erachtet den Antrag des Stadtrats als gut begründet.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Wir könnten uns gut vorstellen, dass aufgrund der personellen Situation im Human Resources Management (HRZ) auch die HR-Strategie ein bisschen anders aussehen könnte. Bevor die neue Stelle nicht besetzt ist, sollte die Strategie nicht mit einem festen Betrag versehen werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die HR-Strategie wurde unabhängig vom Direktor festgelegt. Sie

wurde stadtweit von den HR-Beteiligten aller Departemente erarbeitet und ist somit eine stadträtliche HR-Strategie. Das Personal wartet auf deren Lancierung.

S. 184	20 2050 3186 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
075.	Antrag Stadtrat				780 400	Mehrheit
			345 500		434 900	Minderheit 1
			60 000		720 400	Minderheit 2
		Begründung:	GLP/AL/CVP: Reduktion der Reserven von 20 auf 10 %; FDP/SVP: Mittelbeschränkung			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 020. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit 1 neu eine Kürzung um 345 500 Franken.

Samuel Dubno (GLP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 076.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Hier genügt der Betrag von 2014, die Minderheit beantragt eine Verbesserung um 243 700 Franken.

Karin Meier-Bohrer (Grüne): Wenn Angestellte verunfallen oder krank werden, fördert das Case Management die Reintegration am bisherigen oder am neuen Arbeitsplatz. Die Stadt hat ihrem Personal auch in schwierigen Lebenssituationen Sorge zu tragen und Hilfe zu leisten.



S. 186 20		FINANZDEPARTEMENT			
2051		Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz			
3011 0000		Löhne der Teilnehmenden an Einsatzprogrammen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
076.	Antrag Stadtrat			1 243 700 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		243 700		1 000 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Begründung: Zurück auf Budget 2014					

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 077.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die beantragte Verbesserung um 80 000 Franken steht für die externe Evaluation. Eine Evaluation ist zwar grundsätzlich sinnvoll, die Minderheit ist aber der Meinung, dass diese intern durchzuführen ist.

Karin Meier-Bohrer (Grüne): Von einer stadtinternen Evaluation ist aus Gründen der Glaubwürdigkeit und vorgefasster Meinungen abzusehen. Das HRZ erbringt erhebliche Eigenleistungen in Form von Datenaufbereitung. Ziel der Evaluation ist es insbesondere, die Zweckmässigkeit der zentralen Organisation des Case Managements zu überprüfen und die Wirtschaftlichkeit aufzuzeigen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Die Einführung des Case Managements wurde seinerzeit lange und ausführlich diskutiert. Dabei wurde klar gefordert, dass irgendwann eine Überprüfung der Resultate zu erfolgen habe. Von einer teuren externen Überprüfung war aber keine Rede. Eine Überprüfung kann gut innerhalb der städtischen Verwaltung vorgenommen werden.

Ursula Uttinger (FDP): Eine externe Überprüfung auf kantonaler Ebene hat gezeigt, dass die Kosten zu gross sind. Inzwischen macht deshalb auch der Kanton solche

Auswertungen intern. Wenn die Stadt nun einen gleichen Versuch starten will, habe ich kein Verständnis dafür.

S. 186	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2051	Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz			
	3186 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
077.	Antrag Stadtrat			100 000	Mehrheit
		80 000		20 000	Minderheit
					Enthaltung
					Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
					Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Vizepräsident Walter Angst (AL)
		Begründung: GR hat keine Evaluation durch Dritte beschlossen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 078.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Der Antrag wird zurückgezogen.

S. 189	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2080	Organisation und Informatik			
	3091 0000	Aus- und Weiterbildung des Personals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
078.	Antrag Stadtrat			892 300	Minderheit
		20 000		872 300	Mehrheit
					Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
					Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Externe Ausbildungskosten konstant halten			

26 / 36

Dr. Urs Egger (FDP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 079.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Die IT-Ausgaben in der öffentlichen Verwaltung steigen Jahr für Jahr, z. T. ins Unermessliche. Die moderate Kürzung um 162 900 Franken wird bestimmt keine negativen Folgen nach sich ziehen.

Rebekka Wyler (SP): Die RPK hat einen Kontoauszug bestellt und festgestellt, dass es sich hier um Ausgaben in den Bereichen Netzwerk, Systembetrieb, Sicherheit und Arbeitsplätze handelt. Die Ausgaben sind gut begründet.

S. 190	20 2080 3113 0201	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Anschaffungen IT-Anlagen Software OIZ				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
079.	Antrag Stadtrat				5 021 500	Mehrheit
			162 900		4 858 600	Minderheit
						Enthaltung
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Christian Traber (CVP) Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Rechnung 2013 und Budget 2014 muss ausreichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 080.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Der Antrag wird zurückgezogen.

27 / 36

S. 191	20 2080 3186 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
080.	Antrag Stadtrat				2 473 000	Minderheit
			100 000		2 373 000	Mehrheit
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Kürzungen bei Personalentwicklung, QS und diverses

Dr. Urs Egger (FDP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 081.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Der Antrag wird zurückgezogen.

S. 191	20 2080 3189 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
081.	Antrag Stadtrat				27 429 600	Mehrheit
			3 172 700		24 256 900	Minderheit
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Zurück auf Rechnung 2013

Dr. Urs Egger (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

POLIZEIDEPARTEMENT

Antrag 082.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Weil bereits um 8300 Franken gekürzt wurde, beantragen wir eine Verbesserung um 32 700 Franken. Es ist unbestritten, dass die Stadt in den Bereichen Quartiersicherheit, Rotlicht, Nachtleben usw. aktiv sein soll. Unverständlich ist aber, warum sie dazu auf Externe zurückgreifen muss.

Florian Utz (SP): In diesen wichtigen Bereichen sind Drittaufträge ab und zu gerechtfertigt. Mit 40 000 Franken pro Jahr wurde sicher nicht überbordend budgetiert. Eine Aussensicht kann in Einzelfragen durchaus wertvoll sein und z. B. zur Eindämmung von Party-Auswirkungen auf die Wohnbevölkerung beitragen.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Es wäre hilfreich, zu erfahren, was bei diesem Konto konkret an Externe weitergegeben wird und warum.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Wir haben selber z. B. keine Rechtsanwälte, die bestimmte Fragen beantworten könnten, auch keine Moderatoren usw. Gewisse kleine Aufträge muss man einfach extern geben können, wenn man selber nicht über geeignete Leute verfügt.

Mauro Tuena (SVP): Angesichts der grossen Rechtsabteilung bin ich erstaunt, dass sich keine Rechtsanwälte und Mediatoren finden lassen.



29 / 36

S. 194	25 2500 3180 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Polizeidepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
082.	Antrag Stadtrat				82 700 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grü- ne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			32 700		50 000 Minderheit	
			Begründung: Für Quartiersicherheit, Rotlicht, Nachtleben und FIBAL-Ausbildung braucht es keine Dienstleistungen Dritter			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 32 700 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 083.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Der letztjährige Auftrag, zwei Jahre auf Ersatzbeschaffungen zu verzichten, gilt nach Ansicht der Mehrheit immer noch.

Florian Utz (SP): Wir haben bereits letztes Jahr darauf hingewiesen, dass die Gefahr von Totalausfällen besteht, wenn der Erneuerungsrythmus bei Parkuhren verlangsamt wird. Momentan sind 48 Parkfelder ohne funktionierende Parkuhr.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Die Parkuhren sind modern und werden regelmässig ersetzt. Defekte Geräte könnte man ja auch einmal durch Parkuhren ersetzen, die man andernorts abgebaut hat. Die Kürzung ist gerechtfertigt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Für die zu ersetzenden Parkuhren, die 15 bis 18 Jahre alt sind, lassen sich keine Ersatzteile mehr auftreiben. Dieses Jahr wurden neun Parkuhren total zerstört. Angesichts des Verlusts, der entsteht, wenn 48 Parkfelder nicht bewirtschaftet

werden, lohnt es sich, neue Parkuhren anzuschaffen.

Roger Tognella (FDP): Die vorbeugende Instandhaltung wurde offenbar nicht so gut geplant; normalerweise weiss man frühzeitig, ab wann es keine Ersatzteile mehr gibt.

S. 197	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2505	Parkgebühren				
	3111 0113	Anschaffungen Parkuhren, Zentrale Parkuhren und Signalisationseinrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
083.	Antrag Stadtrat				700 000 Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
			300 000		400 000 Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Kürzung war für zwei Jahre beabsichtigt			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 61 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 084. bis 086.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Die Stadt baut laufend Parkplätze ab, trotzdem bleiben die Unterhaltskosten konstant hoch. Das ist unglaublich; die Unterhaltskosten müssen entsprechend sinken.

Florian Utz (SP): Den Antrag der Minderheit halten wir nicht für sinnvoll, weil er das Kostenbewusstsein, das im Jahr 2013 an den Tag gelegt wurde, bestraft.

S. 197	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2505	Parkgebühren				
	3130 0000	Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
084.	Antrag Stadtrat				85 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)

31 / 36

11 500

73 500 Minderheit

Martin Bürliemann (SVP)
Referent, Dr. Urs Egger
(FDP), Roger Liebi (SVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Stadt baut laufend Parkplätze ab, Kostenniveau 2013 muss ausreichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 44 Stimmen zu.

Antrag 085.

Wortmeldungen siehe Antrag 084.

S. 197 **25**
2505
3149 0000

POLIZEIDEPARTEMENT
Parkgebühren
Unterhalt übriger Anlagen

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
085.	Antrag Stadtrat			580 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
		36 100		543 900	Minderheit Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Stadt baut laufend Parkplätze ab, Kostenniveau 2013 muss ausreichen

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 013. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 36 100 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 086.

Wortmeldungen siehe Antrag 084.

32 / 36

S. 197	25 2505 3151 0105	POLIZEIDEPARTEMENT Parkgebühren Unterhalt Parkuhren, Signalisationseinrichtungen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
086.	Antrag Stadtrat				430 000	Mehrheit
			56 500		373 500	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grü- ne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Stadt baut laufend Parkplätze ab, Kostenniveau 2013 muss ausreichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 087.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christian Traber (CVP): Bei den Rückfragen stellte die Mehrheit der RPK fest, dass unter anderem Ersatzbeschaffungen von Beschilderung nötig sind. Diese sollen nicht ganz wegfallen, jedoch in kleineren Tranchen erfolgen.

Florian Utz (SP): Will man den Schilderwald entflechten, sind Neuanschaffungen nötig, denn oft lassen sich zwei bestehende Schilder durch ein neues ersetzen.

S. 199	25 2506 3111 0303	POLIZEIDEPARTEMENT Blaue Zonen Anschaffungen Maschinen, Geräte und Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
087.	Antrag Stadtrat				310 000	Minderheit
			53 000		257 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Kleinere Tranchen für Ersatzbeschaffungen von Beschilderung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 088. und 089.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Das ursprüngliche Projekt ist immer noch am Laufen. Die Anbindung der Geräte wird voraussichtlich 2015 abgeschlossen sein. Vor diesem Hintergrund sind wir dagegen, dass jetzt parallel ein zweites Projekt gestartet wird, das die MDE-Geräte schon wieder ablöst. Wir wünschen uns ein lineares Vorgehen: Zuerst alle Geräte anbinden, nachher die Geräte, falls nötig, auswechseln.

Florian Utz (SP): Die zu ersetzenden Geräte wurden 2009 beschafft, Anfang 2016 sollen die neuen Geräte bereitstehen. Eine Neubeschaffung nach sieben Jahren ist in der heutigen Zeit sinnvoll.

S. 199	25 2506 3112 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Blaue Zonen Anschaffungen IT-Anlagen Hardware				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
088.	Antrag Stadtrat				220 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
			210 000		10 000	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
						Enthaltung Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Ersatzbeschaffung MDE-Geräte zurückstellen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 089.

Wortmeldungen siehe Antrag 088.

34 / 36

S. 199	25 2506 3113 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Blaue Zonen Anschaffungen IT-Anlagen Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
089.	Antrag Stadtrat				50 000	Mehrheit
			50 000		0	Minderheit
						Enthaltung
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP) Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Ersatzbeschaffung MDE-Geräte zurückstellen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 090.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): *Es erstaunt mich, dass hier trotz der Absicht, den Schilderwald einzudämmen, mehr ausgegeben werden soll. Die Tafeln und Bemalungen müssten nicht in dieser hohen Kadenz erneuert werden.*

Samuel Dubno (GLP): *Der Antrag der Minderheit 2 wird zurückgezogen.*

Florian Utz (SP): *Seit 2011 konnten zahlreiche Signale, Wegweiser, Ständer usw. entfernt werden. Wir unterstützen diesen Kurs und sehen ein, dass ab und zu Neubeschaffungen nötig sind, insbesondere dann, wenn mehrere Schilder zu einem Schild zusammengefasst werden können.*

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): *Wir wollen nicht den ganzen Betrag streichen, sondern machen eine Kürzung beliebt. Das Projekt «Weniger ist mehr» lässt sich effizienter umsetzen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Mauro Tuena (SVP) hat kürzlich aber indirekt gefordert, in der Annagasse sei eine zusätzliche Tafel aufzustellen, um die Aufhebung von Tempo 30 zu signalisieren. Dies ist aber nicht nötig, weil anschliessend ja Tempo 50 gilt.*

Mauro Tuena (SVP): Eigentlich möchten wir dort ja überhaupt kein Tempo 30, sodass es auch die erste Tafel gar nicht bräuchte.

S. 199	25 2506 3149 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Blaue Zonen Unterhalt übriger Anlagen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
090.	Antrag Stadtrat				566 000	Mehrheit
			107 000		459 000	Minderheit 1
			70 000		496 000	Minderheit 2
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
						Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Christian Traber (CVP)
						Begründung: GLP/CVP: Tiefere Erneuerungskadenz; SVP/FDP: Plafonierung auf Niveau Rechnung 2013

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 013. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit 1 neu eine Kürzung um 107 000 Franken.

Samuel Dubno (GLP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 44 Stimmen zu.

Antrag 091.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Roland Scheck (SVP): Die Ausgaben für externe Dienstleistungen steigen auf diesem Konto ständig an, im Vergleich zu 2013 fast um 80 %. In einer Zeit, in der es der Stadt schlecht geht, erwarten wir bei solchen Positionen aber eine Reduktion.

Florian Utz (SP): Die Minderheit hält eine weitere Reduktion, die nicht auf ein bestimmtes Projekt zielt, sondern sich an einem Erfahrungswert orientiert, nicht für sinnvoll. Damit würde das Kostenbewusstsein der Vergangenheit bestraft.

